

## 120 Jahre Friedensmanifest des russischen Zaren 1898

Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) erinnert an den 120. Jahrestag des Friedensmanifests des Zaren Nikolaus II.

Am 24. August 1898 wandte sich Nikolaus II. mit einem Manifest an die internationale Öffentlichkeit. Er kritisierte darin die übermäßigen Rüstungsausgaben seiner Zeit: Die geistigen und physischen Kräfte der Völker, Arbeit und Kapital würden von ihrer eigentlichen Bestimmung abgelenkt und unproduktiv vergeudet. Hunderte Millionen würden für die Anschaffung schrecklicher Vernichtungsmittel ausgegeben. Die Bildung des Volkes und die Entwicklung seines Wohlstands und Reichtums würden behindert oder auf einen falschen Weg geleitet. Wenn diese Situation andauere, werde sie zu genau der Katastrophe führen, die man zu vermeiden wünsche. Dagegen Maßnahmen zu ergreifen, sei gegenwärtig die höchste Pflicht aller Staaten. Nikolaus II. schlug eine internationale Konferenz vor, die über diese Frage beraten sollte.

Die Hintergründe wurden unterschiedlich interpretiert. Das Spektrum der Skepsis reichte von Sympathien für, wie man meinte, eine gewisse Naivität des noch jungen Zaren bis zu direkter Ablehnung, weil Staaten das Manifest als Angriff auf ihre Sicherheit verstanden. Es fehlte auch nicht an Spekulationen über Hintergründe, die in Russland selbst lagen: Das noch an der Schwelle zum 20. Jahrhundert autokratisch regierte Land hatte in den letzten Jahren seine industrielle Entwicklung forciert. Gleichzeitig waren die sozialen Kontraste gewaltig: Die Bauern waren zwar nicht mehr leibeigen, das Land gehörte aber weiterhin ihren alten Besitzern. Eine breite Mittelschicht hatte sich noch nicht herausbilden können. Analphabetismus war weit verbreitet. Innenpolitische Probleme drohten auch durch die immer stärkere Russifizierung der nichtrussischen Gebiete des Vielvölkerstaates. Die außenpolitischen Interessen des Zarenreiches lagen in Ostasien, aber einen Krieg gegen das dort dominierende Großbritannien konnte es sich nicht leisten. Weitere Rüstungsausgaben kamen unter diesen Umständen ungelegen.

Trotzdem rief das Manifest großes Interesse hervor. Die „Neue Hamburger Zeitung“ befragte sogar Prominente nach ihrer Meinung zu dem Manifest des Zaren, unter anderem mit den Fragen „Wie denken Sie über die Abrüstung in Beziehung auf die besondere politische und geographische Lage Deutschlands?“ und „Wie denken Sie über den ewigen Frieden?“

Positive Aufnahme fand das Manifest in der sich entwickelnden Friedensbewegung. Sie sah sich in ihrer Arbeit bestätigt. Ihre Vertreter bereiteten die geplante internationale Konferenz mit vor. Für die DFG-VK haben diese Ereignisse eine besondere Bedeutung, weil sie in die ersten Jahre ihres Bestehens (ab ihrer Gründung 1892) fallen und eine ihrer Gründerinnen, Bertha von Suttner, in einem ihrer intensivsten Einsätze für den Frieden zeigen. Zusammen mit ihr unterstützten angesehene Persönlichkeiten wie Iwan Blioch (Johann von Bloch), russischer Staatsrat, Bankier und kriegskritischer Autor - sein Buch „Die Zukunft des Krieges“ hatte der Zar gelesen - und Henri Dunant, der Begründer des Roten Kreuzes, die Konferenz. Vom 18. Mai, dem Geburtstag des Zaren, bis zum 29. Juli 1899 fand sie in Den Haag statt. Sie verlieh der Friedensbewegung weiteren Aufschwung und mehr Sichtbarkeit. Der Bevollmächtigte des deutschen Kaisers beklagte sich denn auch bitter, die Konferenz habe „den politischen Plebs der ganzen Welt“ nach Den Haag gelockt.

Das war nur zum Teil berechtigt: Die bürgerliche Friedensbewegung der Zeit war wenig revolutionär gesinnt. Sie setzte auf das Einsehen der Regierungen und vermied Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen. Die „Volksstimme – Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend“ hatte im Januar 1899 über die Vorbereitung der Konferenz gespottet: „In ganz Deutschland soll für die Friedensidee mobilgemacht werden. Aus Österreich kommt die bekannte Baronin von Suttner, eine begabte Frau, aber doch von sehr wenig politisch geschultem Verstande, wie ihre Speichelleckerei gegenüber dem Zaren bewiesen hat, nach Berlin ...“ Der SPD-Parteitag 1898 hatte eingeschätzt, „dass die stehenden Heere eingeständenermaßen als Werkzeuge für die Unterdrückung der Völker und zur

Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dienen und dass bisher es Russland mit in erster Linie war, das auf diesem Wege voranging“, begrüßte das Zarenmanifest aber als Anstoß für einen Sinneswandel großer Teile der Bevölkerung: Viele würden nun die gängige Meinung, dass mehr Rüstung auch mehr Sicherheit bedeute, infrage stellen.

Auf der Konferenz tagten hochrangige Politiker aus 26 Ländern. In ihrem Ergebnis wurden der Geltungsbereich der Genfer Konvention von 1864 über verletzte und erkrankte Soldaten auf den Seekrieg ausgedehnt und einige Waffen, zum Teil nur kurzzeitig, verboten. Die Teilnehmerstaaten unterzeichneten auch ein Abkommen über die friedliche Lösung von Streitfragen. Ein internationales Schiedsgericht wurde installiert. Seine Anrufung konnte aber nicht für obligatorisch erklärt werden, hauptsächlich wegen eines deutschen Vetos. Die Haager Landkriegsordnung über den Umgang mit Kriegsgefangenen und Zivilisten wurde auf den Weg gebracht und auf der nächsten Friedenskonferenz, 1907, endgültig ausgearbeitet.

Alle diese Vereinbarungen regelten allerdings den Krieg, nicht den Frieden. Beschlüsse über Abrüstung, das ursprüngliche Anliegen des Zarenmanifests, wurden nicht gefasst. Die für 1914, später 1915, vorgesehene Folgekonferenz erübrigte sich: Der Erste Weltkrieg hatte begonnen. Auch die sonst kritische Fraktion der Sozialdemokratie im deutschen Reichstag hatte für die Aufnahme der Kriegskredite gestimmt.

„Wir versetzen uns mit Interesse und Anteilnahme in diese Zeit um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert“, erklärt Cornelia Mannewitz, Slawistin an der Universität Greifswald und Mitglied der DFG-VK. „Einerseits begeistert uns der Aufschwung der Friedensbewegung. Andererseits lehren uns auch diese Ereignisse, wie wenig Abrüstungsappelle fruchten, wenn sie ökonomische und strategische Interessen berühren. Die Kriege des 20. und 21. Jahrhunderts zeigen zudem, wie wenig selbst von den Vereinbarungen, die auf den Haager Friedenskonferenzen getroffen wurden, geblieben ist. Für uns kann die Konsequenz nur sein, an die Erfahrungen der damaligen Friedensbewegung anzuknüpfen und uns sozial breit aufgestellt mit einer Vielfalt gewaltfreier Mittel weiterhin gegen Militarismus und für eine friedliche Welt einzusetzen.“

**Für Interviews oder bei Nachfragen nehmen Sie bitte jederzeit telefonisch unter 017624894316 oder per E-Mail unter [mannewitz@dfg-vk.de](mailto:mannewitz@dfg-vk.de) Kontakt auf!**

*Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Stuttgart 23. August 2018*